

*Newsletter*  
1 / 2017

16. Januar 2017

---

## Gemeindeinitiativen verlangen Fusionen

**Zusammenschlüsse von Gemeinden sollen von unten entstehen, lautet eine gängige Forderung. Gemeint ist damit: Gemeinden stossen sie an. Bislang waren es die Gemeinderäte, die Fusionsprozesse auslösten. Mit der Gemeindeinitiative bietet sich ein Instrument, bei dem die Bevölkerung den Anstoss dazu geben kann.**

Mit Blick auf Fusionen hat die Forderung nach einem Entstehen von unten in letzter Zeit eine neue Bedeutung erhalten. Gleich drei Gemeindeinitiativen haben sich mit dem Zusammenschluss von Nachbargemeinden beschäftigt: In Wauwil und Egolzwil haben zwei überparteiliche Komitees gleichlautende Begehren eingereicht, welche die Wiederaufnahme der vom Gemeinderat Wauwil abgebrochenen Verhandlungen verlangten. Im Oktober 2016 haben die beiden Komitees ihre Initiativen allerdings zurückgezogen. In Dierikon verlangt eine Initiative der FDP vom Gemeinderat, Fusionsabklärungen mit Ebikon und Root vorzunehmen und mittels eines Berichts Vor- und Nachteile aufzuzeigen.

### Politisches Spannungsfeld

Die erstmalige Nutzung dieses direktdemokratischen Instruments im Zusammenhang mit Gemeindefusionen stellt eine interessante Entwicklung dar, steht sie doch im Spannungsverhältnis zwischen den demokratisch eingebrachten Anliegen der Bevölkerung und der Verhandlungskompetenz der Gemeinderäte.

In Wauwil und Egolzwil hat die ablehnende Haltung des Gemeinderates Wauwil letztlich dazu geführt, dass die Initiativen zurückgezogen wurden. Offen bleibt, ob das Instrument im Fall einer Annahme genügend stark gewesen wäre, um eine Fusionsvorlage gegen den Willen der Behörde vor das Volk zu bringen.

In Dierikon soll die Vorlage im Frühjahr 2017 an die Gemeindeversammlung gelangen. Der Gemeinderat hat sich noch nicht positioniert. Bereits vor zwei Jahren hat die FDP die Forderung nach Fusionsabklärungen deponiert – damals in der schwächeren Form eines Antrags an der Gemeindeversammlung. Diesen haben Gemeinderat und Stimmberechtigte abgelehnt.

### Unbeantwortete Fragen

An besagten Fällen zeigt sich exemplarisch, dass bei Volksbegehren mit der Forderung nach einem Zusammenschluss unbeantwortete Fragen bestehen. Was, wenn eine angestrebte Fusion nicht mit den Zukunftsplänen eines Gemeinderates vereinbar ist? Was, wenn der von einer Initiative verlangte Bericht ausgearbeitet ist, der Gemeinderat danach aber keine weiteren Schritte unternehmen will; braucht es dann abermals eine Initiative? Diese und andere Fragen lassen sich erst beantworten, wenn Gemeindeinitiativen Fusionsprozesse ausgelöst haben – oder eben nicht. Dann wird sich zeigen, ob dieses direktdemokratische Instrument in seiner heutigen Form ein mögliches Mittel zur Initiierung von Fusionen von unten ist.

*Jonathan Winkler*